



Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 79'574
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.82
Abo-Nr.: 1078757
Seite: 4
Fläche: 41'972 mm²

Tauziehen um den Kauf des Gripen

KAMPFJET Wer zahlt die Weiterentwicklung des schwedischen Jets? Ob sich die Schweiz daran beteiligen muss, ist strittig. Am Freitag könnte sich einiges klären.

LÉA WERTHEIMER

lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SIK) trat gestern vor die Medien, um zu orientieren. Tatsächlich kommunizierten SIK-Präsidentin Chantal Galladé (SP, Zürich) und Thomas Hurter (SVP, Schaffhausen) praktisch nichts. Auf der Traktandenliste stand die Untersuchung zum geplanten Kauf von Gripen-Kampfflugzeugen. Eine Subkommission prüft, ob die Evaluation, die zur Wahl des Gripen führte, korrekt ablief. Doch Hurter hatte vor allem eins zu sagen: Die Untersuchungsergebnisse würden erst am 21. August vorliegen. «Wir haben das nicht verschoben, wir haben einfach den Termin ändern müssen.»

Eisern schwieg der ehemalige Kampfpilot über die Erkenntnisse der Untersuchung. Eins indes machte er unmissverständlich klar: «Ich kann Ihnen versprechen, bis zur offiziellen Bekanntgabe wird gar nichts an die Öffentlichkeit dringen.» Die Kommission habe Massnahmen ergriffen, um Indiskretionen zu verhindern. «Wir sammeln alle Unterlagen nach den Sitzungen ein», erklärte er. Elektronische Dokumente gebe es nicht mehr. Zudem würden keine Protokolle mehr an die Bundesverwaltung und das VBS weitergegeben.

Neue Diskussion um die Kosten

Die Subkommission hatte unter anderem den Auftrag, die technischen und finanziellen Risiken des geplanten Flugzeugkaufs einzuschätzen. In der Vergangenheit wurden immer wieder Vorwürfe laut, die Evaluation sei nicht korrekt verlaufen. Der schwedische Gripen schneide in allen Bereichen schlechter

ab als seine Konkurrenten aus dem Hause Dassault und EADS. Bundesrat Maurer konterte: Ein wichtiger Faktor für den Kauf des Gripen sei der Preis gewesen. Ein anderes Flugzeug könne sich die Schweiz nicht leisten.

Und nun sind es genau die Kosten, die für weitere Unruhe in der Kampffjetbeschaffung sorgen. Als Schreckgespenst werden immer wieder Entwicklungskosten an die Wand gemalt. Das designierte Flugzeug für die Schweiz ist keines, welches fixfertig am Himmel fliegt. An einzelnen Komponenten wie etwa dem Radar arbeitet das schwedische Unternehmen Saab derzeit noch. Thomas Hurter befürchtet, dass die Kosten, die für die technische Weiterentwicklung des Flugzeuges anfallen, zu Lasten der Schweiz gehen könnten.

«Wir werden uns dazu äussern»

Ob in den Unterlagen, welche der Subkommission vorliegen, die Entwicklungskosten inbegriffen sind, wollte Thomas Hurter gestern nicht sagen: «Ich kann mich zum heutigen Zeitpunkt nicht über Inhalte äussern.» Genau zu diesem Thema werde er sich aber im August bestimmen äussern, verspricht Hurter. Saab hat die Offerte für die Schweiz ausgearbeitet. Für das schwedische Unternehmen ist die Sache klar: «In der abschliessenden Offerte bietet Saab einen fixen Preis, der sämtliche Kosten beinhaltet», sagt Rich Smith, Regional Marketing Director von Saab, auf Anfrage.

Woher könnten also die befürchteten zusätzlichen Geldforderungen kommen? Von Saab oder gar von der schwedischen Regierung? «Genau das gilt es zu klären», sagt Hurter. In beiden Ländern müsse die Angelegenheit geklärt werden. Es liege nun am VBS, zu entscheiden, ob man mit dem Unternehmen oder dem Land einen Vertrag abschliessen will oder möglicherweise mit beiden. «Das ist die Aufgabe von Ueli Maurer.»

Diese Verhandlungen sind im Gange. Die schwedische Verteidigungsministerin Karin Enström wird am Freitag zu einem Besuch in der Schweiz erwartet.

Absichtserklärung geplant

Enström und Maurer planen eine Absichtserklärung, die voraussichtlich am Freitag unterzeichnet werden soll. Über deren Inhalt konnte sich das VBS gestern nicht äussern, da die Gespräche dazu erst stattfinden. Klar ist: Es steht sowohl für Maurer wie für Enström viel auf dem Spiel: Enström steht unter Druck, den

«In Schweden weibeln auch linke Parlamentarier für den Kampfjetkauf.»

THOMAS HURTER,
SVP-NATIONALRAT

Grossauftrag für Saab zu holen. Maurer hat stets beteuert, es entstünden keine weiteren Kosten für die Schweiz.

In Schweden ist das Amt für Rüstungs- und Sicherheitsexport (FXM) für die Verhandlungen mitverantwortlich. Für FXM ist klar, dass man eine Kooperation anstrebt: «Ziel ist es, gemeinsam zu beschaffen und die Lösungen zu optimieren», sagt Sofia Karlberg, Chefin Kommunikation. Sie macht klar, dass dies den Beschaffungszeitpunkt, aber auch die wirtschaftlichen Aspekte betrifft. Die schwedischen Streitkräfte bräuchten eine neue Version des Gripen. «Das Flugzeug wurde in den letzten 30 Jahren stetig weiterentwickelt», sagt Karlberg. Und immer sei Schweden dafür aufgekommen. Klar ist, dass wegweisende Punkte am Freitag einer Klärung bedürfen, denn auch in Schweden sind die Weiterentwicklungskosten ein entscheidendes Thema. Denn die schwedischen Streitkräfte stehen vor einer regelrechten Rosskur, um Gelder für den neuen Gripen lockermachen zu können. So setzen sich auch Politiker dafür ein, die Kosten für die Entwicklung mit der Schweiz zu teilen.

Schweden unter Zugzwang

Hurter hat sich mit schwedischen Politikern unterhalten und bestätigt: «Die Entwicklungskosten sind in Schweden ein



Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 79'574
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.82
Abo-Nr.: 1078757
Seite: 4
Fläche: 41'972 mm²

Thema.» Es sei spürbar, dass die Firma Saab ein wichtiger Arbeitgeber sei: «Eine ganze Stadt hängt davon ab.» So muss die Verteidigungsministerin alles daransetzen, den Deal mit der Schweiz ins Trockene zu bringen, um Saabs Zukunft zu sichern. «Deswegen weibeln in Schweden auch linke Parlamentarier für den Kampfjetkauf.» Die schwedische Regierung will das Budget 2013, inklusive Gripen-Kauf, im September dem Parlament präsentieren.

Rückzieher bei der Waffenrückgabe

KOMMISSION sda. Die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrates fordert vom Bundesrat in der Frage der Armeewaffen keine neuen Massnahmen. Noch im April hatte die SiK «mit Empörung» festgestellt, dass in 733 Fällen die Armeewaffe nicht eingezogen wurde.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage etwas gebessert. Kommissionspräsidentin Chantal Galladé sagte, derzeit seien noch 537 ausstehend. VBS-Chef Ueli Maurer habe der Kommission versichert,

dass die Armee und in 319 Fällen die Polizei daran seien, diese Waffen einzuziehen.

Dies sei manchmal schwierig, so Kommissionspräsidentin Galladé, weil ein Teil der Personen seit dem Austritt aus der Armee mehrfach umgezogen sei. Laut Galladé waren etliche Personen nicht daheim, als die Behörden wegen der Armeewaffe vorbeischauten.